

Konzessionsbekanntmachung

Richtlinie 2014/23/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adresse

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Insingen

Anschrift: Hausener Str. 7, 91610 Insingen

NUTS-Code: DE256

Kontaktstelle(n):

Zu Händen Herrn 1. Bürgermeister Peter Köhnlechner Telefon: +49 (0) 9869 696 | E-MAIL: gemeinde@insingen.de Telefax: +49 (0) 9869 978722

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: www.insingen.de

Adresse des Beschafferprofils: keine

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter (URL):

<https://www.dropbox.com/scl/fo/uja6ryftqg7v4crbym9tl/h?rlkey=u6wgrfx506xbf6kb04sjnuj1u&dl=0>

evergabe: http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/dashboard_off/b23ef6c9-4b9f-4f77-bf3bcbcfac0d53f1e

Weitere Auskünfte erteilen:

Die oben genannten Kontaktstellen.

Teilnahmeanträge sind einzureichen:

Elektronisch via (URL):

http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/dashboard_off/b23ef6c9-4b9f-4f77-bf3bcbcfac0d53f1e

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrages:

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb entsprechend § 12 KonzVgV i.V.m. § 14 Abs. 2, Abs. 3 VgV zur Bestimmung eines Netzbetreibers für die Planung, die Errichtung und den Betrieb eines Gigabit-Netzes im **Wirtschaftlichkeitslückenmodell** in den nachstehenden Ausbaugebieten nach Maßgabe der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 26.04.2021 (nachfolgend „Gigabitrichtlinie des Bundes“) inkl. der zum Zeitpunkt der Bekanntmachung geltenden Nebenbestimmungen (zum Download bereitgestellt im Downloadbereich des Projektträgers <https://gigabit-projekttraeger.de/downloads/>).

Haupt (Insingen): Förderfähige Adressen der Gigabitrichtlinie des Bundes in ausgewählten Ortsteilen gemäß Adressliste Anlage 3a.

Referenznummer der Bekanntmachung:
Insingen1BP03-01

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

64200000-8 (Fernmeldedienste)

II.1.3) Art des Auftrages:

Dienstleistungskonzession

Dienstleistungskategorie Nr. 5: Telekommunikation

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die ausgeschriebenen Adressen des Erschließungsgebietes sind nach Ergebnis der Markterkundung förderfähige unterversorgte Adressen im Sinne der Gigabitrichtlinie des Bundes. Aus diesem Grund soll dort ein flächendeckendes Gigabit-Netz (Netz mit einer Mindestbandbreite von **1 Gbit/s symmetrisch** für alle Endnutzer der ausgeschriebenen Adressen) in den unterversorgten Gebieten errichtet werden.

Der Auftraggeber hat bereits einen Zuwendungsbescheid in vorläufiger Höhe erhalten, der Bescheid über die abschließende Höhe der Zuwendung steht jedoch noch aus und setzt den erfolgreichen Abschluss (gesicherter Netzbetrieb) des vorliegenden Ausschreibungsverfahrens sowie die Einreichung aller erforderlichen Unterlagen für die Konkretisierung des Zuwendungsbescheides in abschließender Höhe voraus.

a) Barrierefreier Zugang weiterer Unterlagen zum Verhandlungsverfahren

Sämtliche weiteren Ausschreibungsunterlagen können barrierefrei über die Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal (DTVP) abgerufen werden.

b) Fragen zu Unklarheiten

Sollten dem Bewerber Unklarheiten in den Vergabeunterlagen aufkommen oder sollten sich Fragestellungen ergeben, hat er die ausschreibende Stelle innerhalb einer Frist von **zehn Kalendertagen** ab Erkennbarkeit über das elektronische Vergabeportal zu informieren bzw. entsprechende Teilnehmerfragen einzureichen. Spätester Zeitpunkt für Einreichung von Fragen sind sechs Kalendertage vor Ablauf der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrages.

c) Verfahrensablauf Verhandlungsverfahren

Der Auftraggeber führt ein Auswahlverfahren zur Suche eines Netzbetreibers im sog. Wirtschaftlichkeitslückenmodell nach Ziff. 3.1 der Gigabitrichtlinie des Bundes durch. Die Auswahl erfolgt zweistufig im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem öffentlichem Teilnahmewettbewerb entsprechend § 12 KonzVgV i.V.m. § 14 Abs. 2, Abs. 3 VgV. Grundlage sind daneben die Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (Breitbandleitlinien) vom 31.01.2023, die Gigabitrichtlinie des Bundes, sowie ergänzend die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ vom 13.11.2020 („Gigabit-RR“).

Im Teilnahmewettbewerb wird auf einer ersten Stufe die Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) der Bewerber geprüft.

Alle so zugelassenen Teilnehmer werden in einer zweiten Stufe zu Angebotsabgabe aufgefordert und haben Gelegenheit, bis zum Ablauf der Angebotsfrist ein Initialangebot abzugeben (first offer). Auf Grundlage dieses Angebots hat der Auftraggeber die Möglichkeit, Verhandlungen mit den Bietern durchzuführen und ggf. diese zur Abgabe eines verbesserten Angebotes aufzufordern (final offer). Der Auftraggeber behält sich vor ohne Verhandlung den Zuschlag nach Auswertung der Erstangebote zu erteilen. Der Auftraggeber wählt anhand der unter Ziff. II.2.5 genannten Wertungskriterien das wirtschaftlichste Angebot für den Zuschlag aus.

d) Inhaltliche Anforderungen an das Angebot

Das Angebot des Bieters soll die nachfolgend aufgeführten Punkte beinhalten und diese konkret und nachvollziehbar erläutern:

- i) Angaben zur Zuverlässigkeit und Hochwertigkeit (z.B. Langlebigkeit, und auch Zahl der Anschlüsse) der technischen Lösungen (Gigabit-Netzfähigkeit),
- ii) Ausweisung der Höhe des Zuschusses durch Angabe der Wirtschaftlichkeitslücke im Finanzplan, jeweils durch vollständiges befüllen der beigelegten Musterdatenblätter (Anlage 4a), sowie ggf. die Angabe zum Einbezug kommunaler Infrastruktur (Anlage 7b). Die Musterdatenblätter sind zwingend in Excel befüllt abzugeben.
- iii) die Verpflichtung zur Herstellung eines offenen und diskriminierungsfreien Zugangs (auf Vorleistungsebene) und Angaben zur geplanten Art und Weise der Erfüllung dieser Verpflichtung einschließlich indikativer Angabe möglicher Vorleistungspreise,
- iv) Angaben zu Ort, Art und Umfang der erforderlichen Leistungen einschließlich einer Quantifizierung der hierfür voraussichtlich anzusetzenden Kosten,
- v) vorhandenes und erwartetes Kundenpotenzial und das daraus abzuleitende Umsatzpotenzial,
- vi) erwartete Einnahmen aus der Vermarktung von Vorleistungsprodukten,
- vii) technisches Konzept über den Aufbau und Betrieb des Gigabit-Netzes gem. Anlage 1a Wertungskriterien und Gewichtung,
- viii) nach Zuschlag und Umsetzung angebotene Dienste sowie Erstproduktangebote gem. Anlage 1a Wertungskriterien und Gewichtung,
- ix) Angaben zum Servicekonzept gem. Anlage 1a Wertungskriterien und Gewichtung,
- x) spätestster Zeitpunkt der vollständigen Errichtung des Gigabit-Netzes und dessen Inbetriebnahme gem. Anlage 1a Wertungskriterien und Gewichtung, xi) Realisierungs- und Zahlungsplan
- xii) Angaben zu den wertungsrelevanten indikativen Vorleistungspreisen gem. Anlage 1a Wertungskriterien und Gewichtung,
- xiii) Änderungsvorschläge bezüglich des Muster-Zuwendungsvertrages, wie in der Bekanntmachung beschrieben,
- xiv) Angaben zu den eingesetzten alternativen Verlegemethoden.

Angebote, welche die oben genannten Anforderungen nicht enthalten, können ausgeschlossen werden und im weiteren Auswahlverfahren nicht weiter berücksichtigt werden.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert:

Wert ohne MwSt.: 1.800.000 EUR

II.1.6) Angabe zu den Losen:

Aufteilung des Auftrages in Lose: nein

Ortsteile gemäß Adressliste Anlage 3a, sowie Karte(n) Ausbaugebiet Anlage 2b.

Angebote sind möglich für: maximal
1 Lose

Die maximale Anzahl an Losen, die an einen Bieter vergeben werden können, ist nicht beschränkt.

Der Bieter kann, sofern er ein Angebot für mehrere oder alle Lose abgibt, diese auch zusammengefasst anbieten. Er hat in diesem Fall die Mustervorlagen zur Höhe des Zuschusses (Anlage 4a) vollständig befüllt beizufügen. Die Loskombination wird jedoch nur an einen Bieter vergeben, soweit dieser Bieter in sämtlichen diese umfassenden Einzellosangeboten die wirtschaftlichsten Losangebote gelegt hat.

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, Aufträge unter Zusammenfassung der folgenden Lose oder Losgruppen zu vergeben: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrages:

Planung, Errichtung und Betrieb eines Gigabit-Netzes im Wirtschaftlichkeitslückenmodell aller ausgeschriebenen Adressen und Anschlusspunkte auf Basis der Gigabitrichtlinie des Bundes.

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Vergabe einer Dienstleistungskonzession für die Planung, die Errichtung und den Betrieb eines Gigabit-Netzes im Wirtschaftlichkeitslückenmodell nach Ziffer 3.1 der Gigabitrichtlinie des Bundes. Ziel dieser Maßnahme ist die flächendeckende Gigabitversorgung vorstehend aufgeführter Ausbaugebiete mit gigabitfähigen Breitbandanschlüssen mit Datenübertragungsraten von mindestens **1 Gbit/s symmetrisch** für alle Endnutzer der ausgeschriebenen Adressen und Anschlusspunkte im Ausbaugebiet.

Die Ausbaugebiete sind in der Übersichtskarte in **Anlage 2a und 2b** dargestellt. Teilgebiete im Ausbaugebiet mit vorhandener gigabitfähiger Versorgung sind nicht bekannt und wurden ebenso wenig wie geplante eigenwirtschaftliche Ausbaumaßnahmen im Rahmen der durchgeführten Markterkundung mitgeteilt. Die auszubauenden Adressen ergeben sich aus der Adressliste in **Anlage 3a und 3b**. Maßgeblich für die Definition des Erschließungsgebietes ist hierbei die Listen mit den Adresspunkten und Anschlusspunkten.

Zu den weiteren Definitionen des Ausbaugebietes und Leistungen hierfür siehe ergänzend gesondertes Bekanntmachungsdokument.

a) Beschreibung des Ausbaugebietes allgemein

Insingen ist eine Gemeinde im Mittelfränkischen Landkreis Ansbach mit nachfolgenden Eckdaten:

- Einwohner*: 1.182
- Gebietsfläche*: 21,32km²
- Bevölkerungsdichte**: 55 Einwohner je km² (abgeleitet)

* Angaben basieren auf den Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik **
rechnerisch ermittelter Wert aus oben genannten Angaben.

Die nachfolgenden Darstellungen entbinden den Bieter nicht, ergänzend eigene Recherchen, z.B. im Breitbandatlas des Bundes und im Infrastrukturatlas (ISA) der Bundesnetzagentur zur Begründung seines Angebots vorzunehmen.

b) Definition des Ausbaugebietes:

Bei den in Anlage 3a (Adressliste) genannten Adressen des Ausbaugebietes handelt es sich nach dem Ergebnis des Markterkundungsverfahrens um förderfähige „graue“ und „weiße“

c) Errichtung und Betrieb eines Netzes zur Gigabitversorgung

Förderzweck der Gigabitrichtlinie Bund ist die Unterstützung eines effektiven und technologieneutralen Gigabitausbaus zur Erreichung eines nachhaltigen und hochleistungsfähigen Gigabit-Netzes in unterversorgten Gebieten.

Der Zuschlagsempfänger hat im Ausbaugebiet ein Gigabit-Netz in FTTB-/FTTH-Struktur oder jeweils ein gleichwertiges anderes Gigabit-Netz (mit Nachweis der Gleichwertigkeit, welcher mit dem Angebot zur Überzeugung der ausschreibenden Stelle erbracht werden muss) mit den in definierten Mindestbandbreiten zu planen, zu errichten und zu betreiben. Dies umfasst sowohl die erforderliche passive Netzinfrastruktur (Tiefbauleistungen, Leerrohre mit Kabel sowie zugehörige Komponenten einschließlich Schächte, Verteiler, Hausanschlüsse und Netzabschlusseinrichtungen), als auch der aktiven Technik zum Netzbetrieb.

Das Einverständnis der Grundstückseigentümer vorausgesetzt, bezieht sich die ausschreibungsgegenständliche Errichtung von leitungsgebundenen Gigabit-Netzen auf alle Netzteile, einschließlich Netzabschluss im Gebäude einer jeden ausgeschriebenen Adresse.

Sofern nicht sofort ein durchgängiges optisches Gigabit-Netz bis zum Netzabschluss im Gebäude einer jeden ausgeschriebenen Adresse aufgebaut wird, muss das Gigabit -Netz jederzeit und kostengünstig in einem oder in mehreren Schritten zu einem durchgängigen optischen Gigabit-Netz bis zum Netzabschluss im Gebäude ausgebaut werden können.

Die Bauleistung darf erst nach Freigabe des Baubeginns durch die Bewilligungsbehörde begonnen werden. Auf die entsprechenden Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides wird verwiesen. Der Konzessionsnehmer hat den tatsächlichen Baubeginn mit entsprechend ausreichendem Vorlauf, spätestens 3 Wochen vor dem Termin des ersten Spatenstichs, dem Zuwendungsempfänger anzuzeigen.

Die Gigabit-Netzzerrichtung und dessen Betrieb muss die Inhalte und Vorgaben der Gigabitrichtlinie des Bundes und Gigabit-RR, insbesondere die zugehörigen besonderen Nebenbestimmungen (BNBest-Breitband), das Materialkonzept und Vorgaben für die Dimensionierung passiver Infrastruktur etc. in der jeweils dem Zuwendungsbescheid in vorläufiger Höhe zugrunde liegenden Fassung verpflichtend berücksichtigen. Zudem hat der Zuschlagsempfänger sämtliche Nebenbestimmungen des dem Auftraggeber gegenüber ergangenen Zuwendungsbescheides des Bundes entsprechend synchron einzuhalten bzw. den Auftraggeber insoweit rechtzeitig zu unterstützen und zu informieren, so dass dieser seine Verpflichtungen aus den Nebenbestimmungen heraus einhalten kann; die Nebenbestimmungen gelten insoweit im Vertragsverhältnis des Auftraggebers zum Zuschlagsempfänger – soweit für den Netzausbau und Netzbetrieb durch den Zuschlagsempfänger einschlägig – synchron.

d) Vorhandene Infrastruktur

Bieter sind aufgefordert, die bestehende Infrastruktur (auch Dritter) zu nutzen und weitestgehend in die Ausführungsplanung einzubeziehen, um Synergien zu nutzen und die Höhe des Zuschusses möglichst gering zu halten. Der Bieter hat sich insbesondere durch Einsicht in den Breitband- und Infrastrukturatlas des Bundes zu informieren. Eine Absprache mit dem möglichen Ausbau einer Nahwärmeversorgung ist zwingend erforderlich.

Der Auftraggeber verfügt über kommunale Infrastruktur und ist bereit, dies dem Zuschlagsempfänger nach den Bedingungen der Anlage 7 „Vorhandene Infrastruktur“ zur Nutzung zu überlassen.

e) Mindestbetriebsdauer

Das geförderte Gigabit-Netz ist für die Mindestbetriebsdauer von mindestens 7 Jahren (Zweckbindungsfrist) zum Jahresende, beginnend mit der vollständigen Netzzerrichtung und Inbetriebnahme und Verwendungsnachweis, zu betreiben.

f) Open Access

Gemäß Ziff. 7.5 Gigabitrichtlinie des Bundes i.V.m. § 8 Gigabit-RR ist ein offener und diskriminierungsfreier Zugang zu den mit Fördermitteln errichteten Infrastrukturen zu gewährleisten, insbesondere Zugang zu Leerrohren, Zugang zur unbeschalteten Glasfaser, Bitstromzugang und zu Kollokationen. Die Details zur Open Access Verpflichtung ergeben sich aus dem beigefügten Muster- Zuwendungsvertrages.

g) Dokumentation, Monitoring

Der Zuschlagsempfänger hat die Pflichten zur Dokumentation und Meldung der geförderten Infrastrukturen sowie zum Monitoring entsprechend den förderrechtlichen Vorgaben des Zuwendungsbescheides in abschließender Höhe, der Gigabitrichtlinie des Bundes und der Gigabit-RR entsprechend den Anforderungen des Projektträgers zu erfüllen.

h) Muster Zuwendungsvertrages

Mit dem Zuschlagsempfänger wird ein Zuwendungsvertrag auf Basis des vom Projektträger bereitgestellten Mustervertrages (Stand 31.03.2023) abgeschlossen (nachfolgend „Zuwendungsvertrag“). Mit Abgabe des Angebots akzeptieren die Bieter den Muster

Zuwendungsvertrag. Entsprechend der „zu beachtenden Bearbeitungshinweise für Verwender des Mustervertrages“ durch den Projektträger sind inhaltliche Änderungen grundsätzlich nur in projektspezifisch anzupassenden (gelb hinterlegt) bzw. dispositiven Regelungen (grau hinterlegt) zulässig. Der Auftraggeber hat türkis hinterlegt bereits eigene Anpassungen eingefügt. Darüber hinaus gehende Anpassung von Klauseln, welche der Projektträger nicht farblich als anpassbar gekennzeichnet hat, sind von einer vorherigen Zustimmung des Projektträgers abhängig. Von deren Einholung will der Auftraggeber grundsätzlich keinen Gebrauch machen, behält sich dies jedoch -ohne dies den Bietern zuzusichern - ausdrücklich vor.

Mit Angebotsabgabe akzeptieren Bieter den vorgegebenen Zuwendungsvertrag mit diesem Inhalt. Der Zuwendungsvertrag gilt ausschließlich mit den vom Auftraggeber den Ausschreibungsunterlagen beige stellte Regelungen. Andere Bedingungen werden nicht Vertragsinhalt, auch wenn ihnen nicht ausdrücklich widersprochen wird.

Bieter können jedoch eigene Änderungswünsche, farblich gekennzeichnet, an den gelb, grau bzw. türkis hinterlegten Vertragsklauseln beifügen, die dann Gegenstand einer Prüfung durch den Auftraggeber werden. Soweit der Auftraggeber Änderungsvorschläge übernehmen möchte, wird er einen Zuwendungsvertrag in fortgeschriebener Fassung allen Bietern gleichermaßen im Rahmen des weiteren Verhandlungsverfahrens zukommen lassen und zur Abgabe neu kalkulierter Angebote auffordern.

Der Zuwendungsvertrag steht unter der aufschiebenden Bedingung der antragsgemäßen Förderbewilligung des Bundes und des Landes.

Sollte der Projektträger einen anderen Mustervertrag veröffentlichen und dessen Verwendung zwingend vorgeben, wird der Auftraggeber mit dem potenziellen Zuschlagsempfänger den neuen Mustervertrag einvernehmlich verwenden.

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

64200000-8 (Fernmeldedienste)
64210000-1 (Fernsprech- und Datenübertragungsdienste)
32562300-3 (Glasfaserkabel für die Datenübertragung)
32562100-1 (Glasfaserkabel für die Informationsübertragung)
32561000-3 (Glasfaserverbindungen)
32571000-6 (Kommunikationsinfrastruktur)
32412000-4 (Kommunikationsnetz)

II.2.3) Erfüllungsort:

NUTS-Code: DE256

Hauptort der Ausführung:

Gemeindegebiet Insingens – förderfähige Adressen im Ausbaugebiet: 302

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Art und Umfang des Auftrags bestimmt sich nach den allgemeinen Angaben dieser Bekanntmachung nach II.1.4) und II.2.1).

II.2.5) Zuschlagskriterien:

Die Konzession wird anhand der nachfolgend aufgeführten Wertungskriterien und deren Gewichtung vergeben.

1. Höhe des Zuschusses:	Gewichtung 50
2. Technisches Konzept:	Gewichtung 10
3. Produktpreise für Endnutzer:	Gewichtung 20
4. Servicekonzept:	Gewichtung 5
5. Spätester Zeitpunkt der Inbetriebnahme:	Gewichtung 5

Genauere Angaben zu Anforderungen und Inhalt der Kriterien, der Gewichtung und dem Wertungsvorgehen ergeben sich aus **Anlage 1a**.

II.2.6) Geschätzter Wert:

Wert ohne MwSt.: 1.800.000 EUR

II.2.7) Laufzeit der Konzession:

Laufzeit in Monaten: 84

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten / Alternativangebote sind zugelassen: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: keine

II.2.13) Angaben zu Mitteln der europäischen Union:

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben:

Geforderte Sicherheiten: keine

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

Sofern sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung auf einen Nachunternehmer stützen möchte, hat er die nachfolgend geforderten Nachweise auch für das vorgesehene Nachunternehmen abzugeben. Handelt es sich bei dem Bewerber um eine Bietergemeinschaft, so sind die geforderten Nachweise für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Ausländische Bewerber haben, statt der etwa geforderten amtlichen Nachweise nach deutschem Recht, gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften des Herkunftslandes vorzulegen. Nachweise sind in deutscher Sprache abzugeben.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen des Verhandlungsverfahrens weitere Unterlagen, Nachweise und Erklärungen, insbesondere zum Nachweis der Fachkunde und Leistungsfähigkeit zur Errichtung einer flächendeckenden Breitbandversorgung, zu fordern.

Bewerber- und Bietergemeinschaften sind zulässig. Die Bewerber-/Bietergemeinschaft hat bereits mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete, rechtsverbindliche Erklärung mit folgendem Inhalt abzugeben (Mindestanforderungen):

- a) Erklärung, dass alle Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft im Falle der Auftragserteilung gesamtschuldnerisch haften,
- b) Benennung eines bevollmächtigten Vertreters, der die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, sowie
- c) Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, im Rahmen dieses Auswahlverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu handeln.

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

Es werden nur Teilnehmer zugelassen, welche die nachfolgend aufgeführten Nachweise erbringen und dem Teilnahmeantrag beifügen:

- a) Eigenerklärung, dass der Bewerber alle Gesetze und Vorschriften, welche sich auf die Bereiche Planung, Aufbau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen beziehen, einhält.

- b) Eigenerklärung, dass der Bewerber sich bei der Erteilung von Auskünften im Vergabeverfahren keiner falschen Erklärungen schuldig gemacht oder entsprechende Auskünfte unberechtigtweise nicht erteilt hat.
- c) Erklärung, dass der Bewerber die geltenden Bestimmungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegaler Arbeitnehmermissbrauch und Leistungsmissbrauch i.S.d. Dritten Sozialgesetzbuches, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einhält und im Auftragsfall einhalten wird.
- d) Erklärung, dass der Bewerber das Mindestlohngesetz einhält.
- e) Erklärung, dass der Bewerber eine Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 1.000.000 € für Personenschäden und 3.000.000 € für Sachschäden abgeschlossen hat oder im Fall der Auftragserteilung abschließen wird.
- f) Eigenerklärung, dass die in § 42 VgV i.V.m. §§ 123, 124 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber keine Anwendung finden.
- g) Vorlage eines Unternehmensprofils oder sonstiger aussagekräftiger Angaben über den Bewerber.
- h) Nachweis der Haftungs- und Eigentumsverhältnisse des Bewerbers durch Vorlage eines Auszugs aus dem Berufs- und Handelsregister des Herkunftslandes, der zum Zeitpunkt des Ablaufs der Bewerbungsfrist nicht älter als drei Monate sein darf; dieses Erfordernis entfällt bei nicht eingetragenen Personengesellschaften bzw. anderen nicht eintragungspflichtigen Unternehmen.
- i) Nachweis der Meldung als Netzbetreiber bei der Bundesnetzagentur über die Erbringung von Telekommunikationsdiensten an die Öffentlichkeit gem. § 5 TKG.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Nachfolgende Mindeststandards werden gefordert, sowie nachfolgen genannte Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um deren Einhaltung zu überprüfen:

Jahresabschlüsse oder Bilanzen des Bewerbers jeweils über die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre und Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des sich bewerbenden Unternehmens sowie den Umsatz aus Leistungen, die mit dem Konzessionsgegenstand oder Teilen davon vergleichbar sind, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Sofern ein Bewerber noch nicht so lange auf dem Markt tätig ist, legt er für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung vor. Nichtbilanzierende Unternehmen legen eine attestierte Gewinn- und Verlustrechnung der letzten 3 abgeschlossenen Jahre vor (§ 45 Abs. 4 Nr.4 VgV). Von der Vorlage der Jahresabschlüsse kann abgesehen werden, soweit der Bewerber diese im Bundesanzeiger bereits veröffentlicht hat und hierauf verweist.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

Nachfolgende Mindeststandards werden gefordert, sowie nachfolgen genannte Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um deren Einhaltung zu überprüfen:

Angabe von mindestens 3 Referenzen aus den letzten 3 Jahren vor Ende der Bewerbungsfrist über die Ausführung von

(a) Planung und Ausbau sowie

(b) Betrieb eines Gigabitnetzes, die mit der zu vergebenden Konzession vergleichbar sind, mit Angabe des jeweiligen Auftragswertes. Die Mindestanzahl der Referenzen muss vorgelegt werden für den Leistungsteil

(a) Planung und Ausbau sowie

(b) Betrieb eines Gigabit-Netzes, mit welchem, zuverlässig Bandbreiten von mindestens **1 Gbit/s symmetrisch** je Endnutzer bereitgestellt werden. Es können darüber hinaus noch drei weitere Referenzen je geforderten Leistungsbestandteil benannt werden. Die Gesamtheit aller Referenzen soll dem Ausbauvolumen dieser Ausschreibung vergleichbar sein.

III.2) Bedingungen für die Konzession

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.2.2) Bedingungen für die Konzessionsausführung:

Die Ausführung des Auftrages steht unter dem Vorbehalt eines antragsgemäßen Zuwendungsbescheides über die abschließende Höhe durch die Bewilligungsbehörden des Bundes, sowie eines antragsgemäßen Kofinanzierungsbescheides durch die Bewilligungsbehörde des Freistaates Bayern.

Im Übrigen siehe Ausführungen der Ziffern II.1.4, II.2.4 und VI.3.

III.2.3) Angaben zu den für die Ausführung der Konzession verantwortlichen Mitarbeitern:

Pflicht zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Mitarbeiter, die für die Ausführung der betreffenden Konzession eingesetzt werden: nein

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsvergabe

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem:

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung:

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA):

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV. 2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15.01.2024 – 11 Uhr

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Teilnahmeanträge und Angebote sind in deutscher Sprache elektronisch (einfache Textform genügt) über die Vergabepattform Deutsches Vergabeportal (DTVP) unter URL

http://www.deutsche-evergabe.de//Dashboards/dashboard_off/b23ef6c9-4b9f-4f77-bf3b-cfacf0d53f1e einzureichen.

IV.2.6) Bindefrist des Angebots:

Laufzeit in Tagen: 182 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrages:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zur elektronischen Arbeitsabläufen

Die Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Die elektronische Rechnungstellung wird akzeptiert: ja Die Zahlung erfolgt elektronisch: ja

VI.3) Zusätzliche Angaben

a) Nutzungsbedingungen Adress- und GEO-Daten

Mit dem Download der beigestellten Adress- und GEO-Daten erklärt sich der Interessent mit den Regelungen der aktuell gültigen Lizenzvereinbarung und den Nutzungsbedingungen des Projektträgers einverstanden.

Insbesondere gilt:

- Übergebene Daten dürfen ausschließlich zur internen Nutzung und im Zusammenhang mit diesem Förderprojekt verwendet werden.
- Dritten darf kein Zugriff auf die Daten gewährt werden.
- Alle Daten sind nach Beendigung des gegenständlichen Förderprojekts bzw. aller relevanten Nachweispflichten zu löschen.

b) Rechtsgrundlagen

Die Vergabe der Dienstleistungskonzession erfolgt auf Basis der Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (Breitbandleitlinien) vom 31.01.2023, sowie der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbau der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (Gigabitrichtlinie des Bundes) vom 26.04.2021 und der „Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“ (Gigabit-RR) vom 13.11.2020. Es wird ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Auswahlverfahren als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb entsprechend § 12 KonzVgV i.V.m. § 14 Abs. 2, Abs. 3 Nr. 2, Nr. 3 VgV durchgeführt.

c) Weitergehende Regelungen

Nach späterer Aufforderung abgegebene Angebote des Bieters haben sämtliche Mindestinhalte der Gigabitrichtlinie des Bundes, der Gigabit-RR, des Zuwendungsbescheides in vorläufiger Höhe der Bewilligungsbehörde des Bundes (sowie ggf. eines vorläufigen Kofinanzierungsbescheides der Landesbewilligungsbehörde), sowie der darin genannten Nebenbestimmungen einzuhalten, soweit sie inhaltlich die Leistungspflichten des Netzbetreibers dieser Ausschreibung und des abzuschließenden Zuwendungsvertrages betreffen.

Die Nichteinhaltung einer Vorgabe kann zum sofortigen Ausschluss aus dem Auswahlverfahren führen.

Jeder Bieter erklärt sich für den Fall der Zuschlagserteilung mit der Veröffentlichung des Ergebnisses dieses Verhandlungsverfahrens auf dem zentralen Online-Portal der Bewilligungsbehörde des Bundes bereit. Im Zuschlagsfalle werden ggf. weitere Erklärungen zur Vorlage beim Fördermittelgeber erforderlich. Mit Angebotsabgabe verpflichtet sich jeder Bieter, diese im Zuschlagsfalle abzugeben, soweit nicht bereits im Auswahlverfahren erfolgt.

Der Zuschlagsempfänger hat weiter alle bei der Umsetzung der Maßnahmen relevanten Normen (u.a. TKG) und sonstigen rechtlich verbindlichen Vorgaben zu beachten sowie alle erforderlichen Genehmigungen, Bestätigung etc. rechtzeitig und auf eigene Kosten einzuholen.

d) Aufwendungsersatz

Der Auftraggeber erstattet keine Kosten für die Angebotserstellung und sonstige Aufwendungen im Rahmen der Durchführung des Verfahrens. Dies gilt auch für die Durchführung von Verhandlungsrunden bzw. Bietergesprächen im Fall der Aufhebung des Verfahrens. Die Bieter verzichten durch Stellung eines Teilnahmeantrages bzw. Angebotslegung auf etwaige Aufwendungsersatzansprüche.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren / Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern -
Postanschrift: Promenade 27
Ort: Ansbach
Postleitzahl: 91522
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de
Telefon: +49 (0981) 53-1277
Fax: +49 (0981) 53-1837
Internet-
Adresse: <https://www.regierung.mittelfranken.bayern.de/service/vergabekammer/index.html>

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren:

Die unter Ziff. VI.4.1) genannte Stelle.

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Ein Antragsteller hat einen von ihm festgestellten Verstoß gegen Vergabevorschriften nach Erkennen unverzüglich zu rügen. Lehnt die Vergabestelle es ab, der Rüge abzuhelpen, so muss der Antragsteller innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, dieser Rüge nicht abzuhelpen, den Antrag auf die Einleitung eines Vergabenachprüfungsverfahrens stellen (vgl. § 160 GWB).

Die Vergabestelle wird vor Zuschlagserteilung die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollten, hiervon in Textform in Kenntnis setzen. Ein Vertrag darf erst 15 Tage nach Absendung dieser Information, bei Mitteilung durch Fax oder auf elektronischem Wege erst 10 Kalendertage nach der Absendung dieser Information geschlossen werden (vgl. § 134 GWB).

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: Die unter Ziff. VI.4.1) genannte Stelle.

VI.4.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:
24.11.2023